

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-80 — Postkassen-Konto 600-844
Antonow, Plebiscytowa 35; Bielitz, Republikanista 4, Tel. 1294

Volksstimme
Bielitz-Biala u. Umgebung

England wahret seine Machtstellung.

Die Rüstungsdebatte im Unterhaus.

Die Unterhausausprache über die 400-Millionen-Pfund-Anleihe wurde am Donnerstag mit einer Rede des Labour-Abgeordneten Alexander, der die Regierung scharf angriff, eröffnet. Die Anleihe, erklärte der Redner, würde die Lebenshaltung der englischen Bevölkerung für die Dauer einer ganzen Generation herabsetzen. Die Labourpartei würde jeden erforderlichen Betrag bewilligen, der für kollektive Sicherheit innerhalb des Völkerbundes benötigt wäre.

Im weiteren Verlauf der Aussprache sprach der Verteidigungsminister über das neue Rüstungsprogramm. Er erklärte, daß die Opposition die hauptsächlichsten Programmpunkte nicht tangieren hätte, sondern sich in erster Linie auf die Kritik der britischen Außenpolitik beschränkte. Bei dem Gerede über kollektive Sicherheit meinte er, daß es vor allem Aufgabe der Regierung sei, dafür zu sorgen, daß kein anderer Staat stärker als England werden solle. Die Behauptung der Opposition, daß das englische Volk die Verteidigung der Dominions bezahle, sei unrichtig. England sei bereit, an der politischen Befriedung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mitzuwirken. Das Ideal der kollektiven Sicherheit dürfte

aber die Pflicht der nationalen Sicherheit nicht überschatten.

Die Regierung halte es im nationalen Interesse für notwendig, Rüstungsfabriken zu errichten, solange es noch Zeit sei, damit sie im Notfalle bereitstünden. Für den Fall eines Krieges sei die Kontrolle und Nationalisierung der Lebensmittel geplant. Abschließend bittet der Verteidigungsminister die Opposition, dem Anslande zu zeigen, daß die englische Demokratie in der Frage der nationalen Verteidigung einig sei.

Vor Kabinettsumbau in London.

London, 18. Februar. „Morningpost“ meldet, daß im Mai außer dem Ministerpräsidenten Baldwin auch Ramsay MacDonald und Lord Halifax aus dem Kabinett scheiden werden. An dem Rücktritt des Kriegsministers Duff Cooper wird vorläufig noch gezweifelt. Auch die Gerüchte über den Abgang Edens bestätigen sich nicht, wenn auch von einer Kandidatur Harold Nicholsons auf den Posten des Außenministers die Rede ist. Sir John Simon soll Finanzminister werden.

Die gestrige Sejmigung.

In der gestrigen Sejmigung wurde das Budget des Innenministeriums beraten. Bei Sitzung zeitigte im allgemeinen keine neuen Momente. Es schien als wäre das Interesse der Abgeordneten von der geplanten „Reorganisierung“ der Gesellschaft durch die Sanacja-Führer Roc und Niedziński so absorbiert, daß für eine tiefere Betrachtung aller Fragen, die mit dem Innenministerium zusammenhängen, kein genügender Raum geblieben ist.

Hervorzuheben wäre, daß mehrere Abgeordnete auf die zu starke Beaufsichtigung der Selbstverwaltungen durch die Aufsichtsbehörden hingewiesen haben und für die ersten mehr Selbständigkeit verlangten.

Der Abgeordnete Michalowski verlangte, daß die Beaufsichtigung der Selbstverwaltungen durch den Revisionsverband erfolgen soll, der auch darauf zu achten hätte, ob die Aufsichtsorgane ihre Befugnisse nicht überschreiten. Der Abgeordnete Zyboriski verlangt, daß der Staat die Grundsteuer der Selbstverwaltungen überlassen soll und ferner, daß den Selbstverwaltungen das Eintreibungsrecht der kommunalen Steuern zurückgegeben werden solle.

Der Abgeordnete Surzynski tritt für eine Aenderung des Wahlgesetzes zum Sejm ein, doch sind seine Vorschläge weder konkret noch klar. Die Abgeordneten der Minderheiten beklagen sich über die Unzulänglichkeiten in der Behandlung der Ukrainer und Weißrussen. Insbesondere beklagt sich der Abgeordnete Sommerstein über die Lage der jüdischen Bevölkerung, deren Sicherheit gefährdet sei. Er wendet sich gegen den wirtschaftlichen Boykott, dem die Juden ausgesetzt sind, und verlangt, daß die Regierung ihre Zusage, Erpressen gegen Juden vorzubeugen, erfüllen soll.

Die Budgetkommission des Senats hat gestern über das Budget des Finanzministeriums beraten.

Vor der Einigung in der Spaniensfrage.

Portugal treibt zurück. — Geheigerter Widerstand in Spanien.

London, 19. Februar. Der portugiesische Vertreter im Nichteinmischungsausschuß hat heute der englischen Regierung Vorschläge unterbreitet, die zu einer Einigung in der Frage der Grenzkontrolle in Spanien führen sollten. Die Vorschläge wurden dem Vorsitzenden des Nichteinmischungsausschusses, Lord Plymouth, überreicht.

Der Unterausschuß des Nichteinmischungsausschusses hat daraufhin gestern eine zweistündige Beratung über die portugiesischen Vorschläge gepflogen, doch konnte eine endgültige Übereinstimmung nicht erzielt werden. Am Freitag wird der Ausschuß wiederum zusammentreten und wird in hiesigen Kreisen angenommen, daß es in dieser Sitzung zur Vereinerung der noch strittigen Punkte kommen wird.

Die Kämpfe um Madrid.

Madrid, 19. Februar. Aus Regierungsquellen wird gemeldet, daß die republikanischen Truppen, die in Jaramaabschnitt kämpfen, gestern auf dem linken Flügel des Feindes vordrangen. Sie besetzten dabei Positionen, die bisher einen Vormarsch unmöglich machten. Außerdem wird nun ein Umkreisungsmanöver des linken Flügels der Aufständischen auf diesem Abschnitt versucht, welches noch andauert, wobei die Regierungskavallerie den Gegner durch schwere Beschießung daran hindert, zum Gegenangriff überzugehen. Der Angriff der Regierungstruppen auf Maranos wird aller Wahrscheinlichkeit nach zur Räumung dieser Stadt durch die Aufständischen führen.

Auf dem Abschnitt Guadalaajara konnten die republikanischen Truppen bessere Verteidigungspositionen beziehen. Die Angriffe der Aufständischen bei el Pardo und el Panto wurden zurückgewiesen.

Madrid, 19. Februar. General Miaja erklärte Pressevertretern, daß die Aufständischen, die bedeutende Verstärkungen erhielten, auf verschiedenen Abschnitten der Madrider Front schwere Angriffe unternommen haben, doch konnten alle Angriffe zurückgewiesen werden. Im Laufe des Donnerstag wurden 7 Flugzeuge der Aufständischen abgeschossen.

Madrid, 19. Februar. Während des gestrigen Nachmittags sind 4 Flugzeuge der Aufständischen während eines Luftkampfes abgeschossen.

Perpignan, 19. Februar. Die Flugzeuge der Aufständischen haben gestern die Stadt Colera bombardiert,

wobei sie einen Eisenbahndamm der Linie, die Spanien mit Frankreich verbindet, beschädigten. Der Transportverkehr ist auf dieser Linie zeitweilig unterbrochen. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Barcelona, 19. Februar. Laut Mitteilungen der Regierung haben die Aufständischen einen heftigen Angriff auf der Aragonfront unternommen. Ueber das Ergebnis dieser Kämpfe, die noch im Gange sind, ist vorläufig nichts bekannt.

Englische Studenten für Spanien.

Im englischen Unterhaus ereignete sich gestern ein Vorfall, der für die Stimmung eines großen Teiles der englischen Studentenschaft bezeichnend ist. In den Brandgängen des Unterhauses erschienen eine Anzahl Studenten, die von den Abgeordneten Informationen über den Stand des Krieges in Spanien erbaten. Der Sprecher dieser Studenten erklärte, daß er und seine Freunde über die neueste Entwicklung in Spanien betrübt seien. Die demokratischen Regierungen sollten sofort Schritte unternehmen, um eine Niederlage der spanischen Volksregierung zu verhindern. Die Studenten forderten eine hundertprozentige Blockade der spanischen Häfen, und wenn diese Maßnahme nicht erfolgreich sei, die Freigabe der Waffeneinfuhr für die Regierung Spaniens.

Tschechoslowakei vergrößert die Armee

Die tschechoslowakische Regierung hat eine Novelle zum Wehrgesetz beschlossen, die den erhöhten außenpolitischen Spannungen der letzten Woche Rechnung trägt. Durch diese Novelle wird die Regierung ermächtigt, das Jahreskontingent der Wehrpflichtigen zu erhöhen, ohne daß ihm vom Gesetz eine obere Grenze gezogen wäre.

In der Wehrgesetznovelle von 1927 wird das Jahreskontingent der Wehrpflichtigen mit 70 000 festgesetzt. Das bedeutet bei einer zweijährigen Dienstzeit einen Friedensstand der tschechoslowakischen Armee von 140 000 Mann. Nach der parlamentarischen Verabschiedung der im Ministerrat beschlossenen Wehrgesetznovelle wird das Rekrutenkontingent und die Friedensstärke ohne gesetzliche Begrenzung erhöht werden können. In einer amtlichen Meldung wird dieses Gesetz damit begründet, daß es notwendig sei, die Zahl der Wehrpflichtigen an Hand der wirklichen Bedürfnisse festzusetzen.

Vor Gemeindevahlen in der Tschechoslowakei.

Im laufenden Jahre werden in 11 000 Gemeinden in der Tschechoslowakei, darunter auch in Prag, Gemeindevahlen stattfinden. Wahrscheinlich werden diese Wahlen in zwei Terminen, im Mai und im September, vorgenommen werden. Der Ausgang dieser Wahlen wird ein Spiegelbild der politischen Orientierung in der Tschechoslowakei bieten.

Gemeindevahlen in Bulgarett.

Bei den Gemeindevahlen in den Vorortgemeinden von Bulgarett hat die Regierungspartei 108 Mandate, die Zaranisten 9 und die Bratikanpartei 3 Mandate erhalten. Auffallend ist die starke Niederlage der Zaranisten (Naschistische Partei in Rumänien). Die Red.).

Die Sowjetunion führt im Flugzeugbau

Neuyork, 18. Februar. Der Generaldirektor Howard Welch der Bendig Export Corporation veröffentlicht auf Grund angeblich zuverlässiger Informationen eine Schätzung über den Flugzeugbau im Jahre 1937. Welch glaubt, daß in diesem Jahre insgesamt 28 500 Handels- und Militärflugzeuge gebaut wurden, was der Hälfte der bis Ende 1936 in der Welt vorhandenen Flugzeuge entspricht. Welch behauptet ferner, daß vier Fünftel der im Jahre 1937 in Auftrag gegebenen Flugzeuge für Militärzwecke verwendet werden sollen.

Bezüglich der einzelnen Länder macht Welch folgende Angaben:

- Sowjetunion: Handelsflugzeuge 200, Militärflugzeuge 3000.
- Deutschland: Handelsflugzeuge 254, Militärflugzeuge 2900.
- England: Handelsflugzeuge 528, Militärflugzeuge 2700.
- Italien: Handelsflugzeuge 65, Militärflugzeuge 2300.
- Frankreich: Handelsflugzeuge 700, Militärflugzeuge 2500.

Die Sozialisten verlangen Ausbau der Fürsorge

Die Aktion zur Schaffung neuer städtischer Einnahmen.

Wir berichteten bereits von der Aktion der sozialistischen Fraktionen im Lodzer Stadtrat in Sachen der Verbeschaffung von neuen Finanzmitteln zum Ausbau der sozialen Fürsorge, da es im Rahmen des geltenden Gesetzes über die Finanzen der Selbstverwaltungen nicht möglich ist, die Mittel für die soziale Fürsorge, die in der heftigen Notzeit so dringend ist, herbeizuschaffen. Ueber die diesbezüglichen Bemühungen der Sonderdelegation bei den Zentralbehörden in Warschau wurde in der vorgestrigen Sitzung des Stadtrats berichtet.

Im Zuge dieser Aktion sandte gestern die Lodzer Stadtverwaltung an die Warschauer Zentralbehörden sieben Telegramme, und zwar an den Ministerpräsidenten, die Marschälle des Sejm und Senats, den Minister für Inneres und Finanzen, den Vizepräsidenten, den Vorsitzenden der Finanzkommission des Sejm, den Berichtenden des Gesetzes über die Selbstverwaltungen im Sejm, Abg. Kahoda-Zoltowski, und an den polnischen Städteverband.

In dem gleichlautenden Telegramm wird darauf

hingewiesen, daß der Lodzer Stadtrat in seiner Sitzung am 17. Februar eine Reform des Gesetzes über die Finanzen der Selbstverwaltungen für notwendig befunden und die Stadtverwaltung beauftragt hat, in dieser Angelegenheit bei den Zentralstellen vorstellig zu werden. Durch die angestrebte Reform sollen den Städten neue Einnahmequellen erschlossen werden, damit diese ihrer Aufgabe hinsichtlich der sozialen Fürsorge, der öffentlichen Gesundheit, der Bildung und Kultur, des Wegebaues usw. gerecht werden können. Diese Aufgaben seien in der Arbeiterstadt Lodz besonders brennend. Die angestrebte Reform der Finanzgebarung der Städte sei daher eine dringende Notwendigkeit. Bis zur praktischen Durchführung der Reform hält der Lodzer Stadtrat als erste Schritte folgende Änderungen notwendig: Sofortige Ausdehnung des im ehem. preußischen Teilgebiet bisher angewandten Rechts des städtischen Zuschlags zur Einkommensteuer auf das ganze Gebiet Polens, sowie die Anerkennung des Rechts zur Erhebung einer Wegebausteuer und einer Investitionssteuer.

Hitler beruft eine Generalisynode ein.

Die Verbönnungsberinde Kerrls mißlungen.

Nachdem es dem Kirchenminister Kerrl nach zweijähriger Tätigkeit nicht gelungen war, eine Einigung zwischen der Naziregierung und dem Reichskirchenauschuss herbeizuführen, hat der letztere Ende vergangener Woche seinen Rücktritt erklärt. Auch einzelne Landesauschüsse lösten sich auf. Der Reichsbischof Müller hat nun eine neue Verordnung über die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche herausgegeben, die wie folgt lautet:

„Nachdem es dem Deutschen Reichskirchenauschuss nicht gelungen ist, die Einigung der kirchlichen Gruppen zu bewerkstelligen, soll die Kirche sich in voller Freiheit nach dem Recht der freien Selbstbestimmung des christlichen Volkes eine Verfassung und eine neue Regelung geben. Ich erteile dem Reichskirchenminister Vollmacht, um die Wahl einer Generalisynode vorzubereiten und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.“

Die Mitteilung läßt alle näheren Angaben vermissen, wie die Regelung deacht ist. Auf keinen Fall jedoch ist der Kampf zu Ende. Die Antikommunisten des Reichskirchenauschusses war von so schweren Konflikten begleitet, daß zweifellos mit neuen Verschärfungen zu rechnen ist. Tatsächlich ist dem Präsidenten des Reichskirchenauschusses, Böllner, von der Geheimen Staatspolizei verboten worden, in das Gebiet, wohnin sich Böllner zur Vermittlung wegen der Absetzung beider Ministerstreuer Pastoren habe begeben wollen, zu betreten. Außerdem kam der Reichskirchenauschuss in schärfsten Gegensatz zu Kerrls neuem Staatssekretär Muths, der noch vor kurzem konfessionslos war.

Es ist bezeichnend für den Nationalsozialismus, daß er mit so bescheidenen Menschen, wie es die Männer des Reichskirchenauschusses sind, zu keiner Verfühlung kommen konnte. Was sagen unsere Nazis dazu? Wird

ihr Gewissen als Deutsche und Gläubige nicht gespalten? Oder ist bei ihnen das, was man Gewissen nennt, endgültig eingeschlafen?

Die Hinrichtungen in Berlin.

Die Klassenjustiz der Nazi-Justizisten.

Auf Grund von Urteilen des sogenannten Volksgerichts sind in Berlin am letzten Montag drei Hinrichtungen vollzogen worden. Der 29-jährige Friedrich Richter und der 25-jährige Günther Galgen sind wegen angeblichen Landesverrats hingerichtet worden, der 29-jährige Johannes Eggert, ein Kommunist aus Bayreuth, wegen angeblicher Verschwörung gegen die Sicherheit des Reiches.

Schiffbruch eines italienischen Kriegsschiffes.

Athen, 18. Februar. In der Nähe der Insel Antityra ist das Kriegsschiff „Bergamo“ der italienischen Kriegsmarine schiffbrüchig geworden. Die Besatzung von 59 Mann konnte bis auf einen Mann, der ertrunken ist, gerettet werden. Nach der Unglücksstelle sind sofort Hilfsschiffe sowie Krankenpersonal entsandt worden.

Streiks in Frankreich.

Paris, 18. Februar. In den Peugeot-Automobilwerken in Sochaux streikten rund 14.000 Mann. Außerdem sind im nordfranzösischen Kohlengebiet die Eisenbahnangestellten der Bergwerks-Gesellschaft in Anzin in den Streik getreten. Es verkehren nur die Personenzüge.

Ägypten will in den Völkerbund.

London, 18. Februar. Wie aus London gemeldet wird, hat die ägyptische Regierung auf Grund von Paris den Völkerbund um Aufnahme in den Völkerbund gestellt. Die ägyptische Regierung hat die britische Regierung um ihre Unterstützung ersucht. Dementsprechend hat die britische Regierung eine Sonderversammlung des Völkerbundes beantragt, die voraussichtlich Ende Mai stattfindet. Gleichzeitig ist die britische Regierung an eine Reihe von Mächten herangetreten, der Bitte, den Antrag zu unterstützen.

Schweres Autounglück in Drohobiz.

Gestern ereignete sich in der Nähe von Drohobiz ein schweres Autounglück, bei welchem 5 Personen schwer verwundet wurden. Der Wagenführer wollte ein Pferd begehen, doch wurden die Pferde durch den Fahrer veranlaßt, scharf abzubiegen. Er fiel dabei mit aller Wucht gegen eine Telegraphenstange. Infolge des Zusammenstoßes wurde der Kraftwagen zertrümmert. Die Verletzten wurden einem Krankenhause in Drohobiz zugeführt.

Typhusepidemie in Kleinpolen.

In 4 Dörfern des Kreises Kolomea ist eine Typhus- und Plethiphus-Epidemie ausgebrochen. Nach dem Ortspfarrer sind sofort Sanitätskolonnen entsandt worden.

Der Kampf gegen den Schmuggel.

Die Polizei wie die Grenzbehörden haben auf der Linie Krakau—Lemberg Revisionen in den Eisenbahnwägen vorgenommen, wobei einige Schmuggler von Zement, Zigaretten und Sacharin festgenommen wurden. Die Zentrale der Schmuggler soll sich in Rzeszow befinden, von wo aus die geschmuggelten Waren nach den kleineren Orten Kleinpolens verschickt werden. Bisher wurden mehrere Personen verhaftet. Die Einzelheiten des Schmuggelaffäre werden vorläufig geheimgehalten.

Schwere Stauborkane.

Aus Neuport wird berichtet: Über weite Teile nordamerikanischer Staaten Oklahoma, Texas, Kansas und Colorado gingen innerhalb von 4 Tagen schwere Stauborkane nieder. Viele Personen sind erkrankt, die Ernte ist schwer gefährdet.

Lindberghs Orient-Flug.

Wie die Havas-Agentur aus Beirut meldet, hat Lindbergh zu einer ungewollten Landung in Arabien gezwungen. Er startete bereits nach Basra.

Mord wegen — verfaulener Suppe!

In Bukarest schloß ein Privatbeamter namens W. seine Frau nieder, weil sie ihm die Suppe verfaulen ließ. Der Täter ist darauf entflohen.

Die Schuld

Roman von Fr. Lehner

(14. Fortsetzung)

Sie amüsierte sich und war neugierig, ob Larsen sich auch auf ihren Namen besinnen würde.

Da zwippte er sie am Armel. „Ich kannte, als ich vor ungefähr fünf Jahren am Hoftheater in D. engagiert war, ein süßes, blondes Mädchel namens Theodora von Breitenfeld, Hauptmannstochter — stimmt es?“

„Wenn Sie es sagen, wird es wohl so sein! In der letzten Zeit bewundere ich Ihr Gedächtnis, Herr Larsen, das Sie sogar an solch unscheinbares Ding wie Theodora von Breitenfeld war, erinnert.“

Sie sprach das letztere mit etwas gedämpfter Stimme, indem sie sich zurücklehnte und ihm voll in die Augen sah.

Ihr Gatte war soeben von Anita Brandes in ein lebhaftes Gespräch verwickelt. Beider Ansichten, wie eine wichtige Szene des ersten Aktes aufzufassen sei, gingen etwas auseinander, und Gerhard bemühte sich, die Künstlerin zu der seinigen zu überzeugen.

Heinz Larsen lächelte ein wenig.

„Unscheinbares Ding, gnädige Frau? Sie sehen sich selbst dadurch herab, wenn Sie so etwas behaupten, und meinen bekannt guten Geschmack ebenfalls. Mein Gedächtnis birgt manche süße Erinnerung, die gerade mit dem Namen Thea von Breitenfeld zusammenhängt.“

Er neigte sich ein wenig zu ihr und sah forschend in ihre Augen. Sie konnte nicht verhindern, daß ein schlüssiges Rot über ihre Wangen lief. Heinz Larsen war sehr schön — er vergaß, daß er mit einer verheirateten Frau sprach — doch das sah ihm ähnlich, er ging im Sturmschritt vor, und sie konnte ihn wegen seiner Verwegenheit nicht zürnen.

Die Jahre hatten ihn nicht verändert, und heute gefiel er ihr mehr als je. Das waren noch dieselben braunen, übermütig blidenden Augen, derselbe feingekennzeichnete ausdrucksvolle Mund, von dem sie sich so gern hatte lassen lassen — es war dieselbe siegesfähige Persönlichkeit, die alle Mädchenherzen damals hatte höher schlagen lassen. Wie war sie stolz gewesen, daß er gerade sie vor so vielen bevorzugt hatte! Es war doch eine schöne Zeit in der Heimlichkeit ihrer jungen Liebe gewesen!

Ob er das gleiche dachte? Sie hatte ihm auf seine letzte läche Bemerkung keine Antwort gegeben, sondern sich halb vor ihm gewandt. So konnte er mit Würde ihr reizvolles, pikantes Profil bewundern mit dem feinen Naschen und dem weichen, vollen Munde. Eigenwillig ringelten sich die blonden Härchen auf dem Nacken und an den rosigen kleinen Ohren.

Sofort hatte Larsen, der erfahrene Frauenkennner, gesehen, daß sie dasselbe unbedenkliche Geschöpfchen geliebt war, als welcher er sie hatte kennen gelernt in dem knappen, etwas verwachsenen Mädchen und dem weißen Wollmütchen. Unermüdlich war ihm das raffige Mädchen mit den Freundinnen nachgestiegen und hatte ihm so begeisterte Briefe geschrieben. Einen eigenen Reiz hatten ihm die heimlichen Stellbüchlein gewährt, und gern hatte er die jungen, warmen Lippen geküßt, die sich ihm so freiwillig boten. Er hatte damals bedauert, daß diese Liebesträume ein Ende mit Schrecken nahm. Aber schließlich war es im Grunde das Beste so gewesen. Denn er hätte das Mädchel doch nicht heiraten können, wie sie sich in ihrem Unverstand eingebildet hatte.

Und nun wollte es der Zufall, daß sie sich wieder begegneten. Die Blüte hatte versprochen, was die Knospe ahnen ließ — Theodora war ein schönes, begehrenswertes Weib geworden!

Es war, als ob diese frühere Bekanntheit ein ge-

heimtes Band zwischen ihnen spannt; munter plauderten und scherzten sie miteinander.

Er fragte, wo sie die Bekanntheit ihres Gatten macht habe.

„In Madras. Sie wissen doch, daß ich damals verbannt wurde, fern von Madras über meine Schuld nachzudenken!“ entgegnete sie lächelnd.

„Ach ja, richtig, wir korrespondierten ja miteinander.“

„Nein — nicht — — Sehen Sie, und da geschah es war ein ganzer Roman, den ich Ihnen heute nicht zählen kann.“

Berhard entging nicht die Vertraulichkeit, mit der beiden sich unterhielten. Er kannte Thea ja so genau — er sah dasselbe Licht in ihren Augen flimmern, das einst um die klare Ueberlegung gebracht — jung und blühtig wie er gewesen war.

Er wurde allmählich still und in sich gekehrt. Unwillen bemerkte Thea es. Er gönnte ihr auch nichts mehr. Jetzt protestierte er sogar, als Larsen Vorschlag machte, auf das Gelingen der „Subregia“ „Pulle Selt“ zu leeren!

Gräßlich, wie spießbürgerlich er geworden war! Viel ordentlicher als neben dem tannenschlanken, elegant leichtlebigen Künstler mit dem Antinouskopf.

Zum Glück lehrte sich Larsen nicht an Berchards Einsprache, sondern bestellte. Er stieß zuerst mit Thea an. „Zum Wohl, schöne Frau! Auf unser Wohl sehen!“

Sie war ganz in ihrem Element. Sie wollte gelten, wollte Heinz Larsen wieder gefallen, und daß ihr gelang, sagten ihr seine bewundernden Blicke, seine oder weniger versteckten Huldigungen.

Fortsetzung folgt

